

# Klimakonferenz in Paris (COP 21)

Briefing

## Ausgangslage

- Auf internationaler Ebene wurde beschlossen, dass die globale Erwärmung auf **unter zwei Grad** eingedämmt werden soll, damit zumindest die größten Risiken des Klimawandels noch minimiert werden können.
- In den Sachstandsberichten des Weltklimarates IPCC werden die Effekte des Klimawandels auf zunehmende Extremereignisse, Artensterben, Dürren und auch das Risiko von abruptem, unkontrollierbarem Klimawandel mittlerweile als viel höher eingeschätzt als noch vor einigen Jahren. Viele Entwicklungsländer und NGOs sehen deshalb eine Eingrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C als notwendig an. Im Jahr 2014 wurde im Risikobarometer das erste mal die Risikokategorie „very high risk“ (lila) eingefügt.

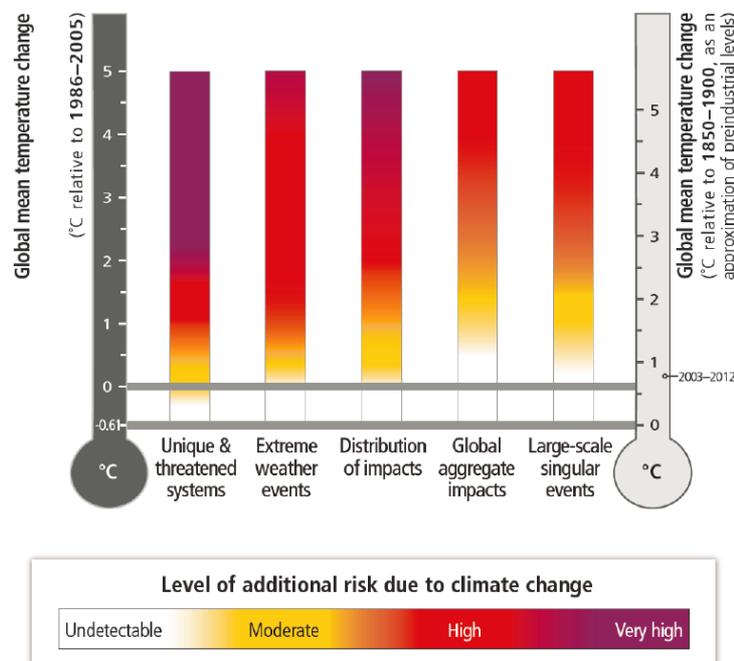


Abbildung 1: Source: IPCC (2014): *Impacts, Adaptation, and Vulnerability*. WG II

## Nationale Klimaschutzpläne (INDCs) und ihre Wirkung

- Bisher sind **Klimaschutzpläne von 147 Staaten** eingelangt, die zusammen für **86 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich** sind. Die bisher von den einzelnen Staaten angegebenen *Intended Nationally Determined Contributions (INDCs)* reichen jedoch nicht aus, um die globale Erwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Sie bedeuten lediglich eine Abschwächung des Anstiegs an Treibhausgasen bis 2030.
- Eine Studie der UN zeigt, dass die **Treibhausgasemissionen mit den bisherigen Zusagen auf 56,7 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>** (Bandbreite von 53,1 bis 58,6 Mrd. Tonnen) im Jahr 2030 ansteigen werden. Gegenüber dem Treibhausgasausstoß von 1990 ist das ein Anstieg um 37 bis 52 Prozent.<sup>1</sup> Im Jahr 2014 lagen die Treibhausgasemissionen bei 52,7 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>.<sup>2</sup> Die Beiträge der Staaten führen allerdings zu einer Abschwächung des Anstiegs der Emissionen.
- Die folgende Abbildung zeigt die Wirkung der Beiträge der einzelnen Staaten und **Pfade zur Erreichung des 2 °C-Ziels** auf Basis einer Analyse der UN. Die ersten beiden Pfade, eine sofortige Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bzw. ein Peak der Emissionen im Jahr 2020, erlauben eine Unterschreitung des 2 °C-Ziels mit einer Wahrscheinlichkeit von 66 Prozent. Diese Szenarien sind auch volkswirtschaftlich am kostengünstigsten, technisch machbar und erlauben einen gesellschaftlichen Wandel, der keine abrupten Änderungen vorsieht.

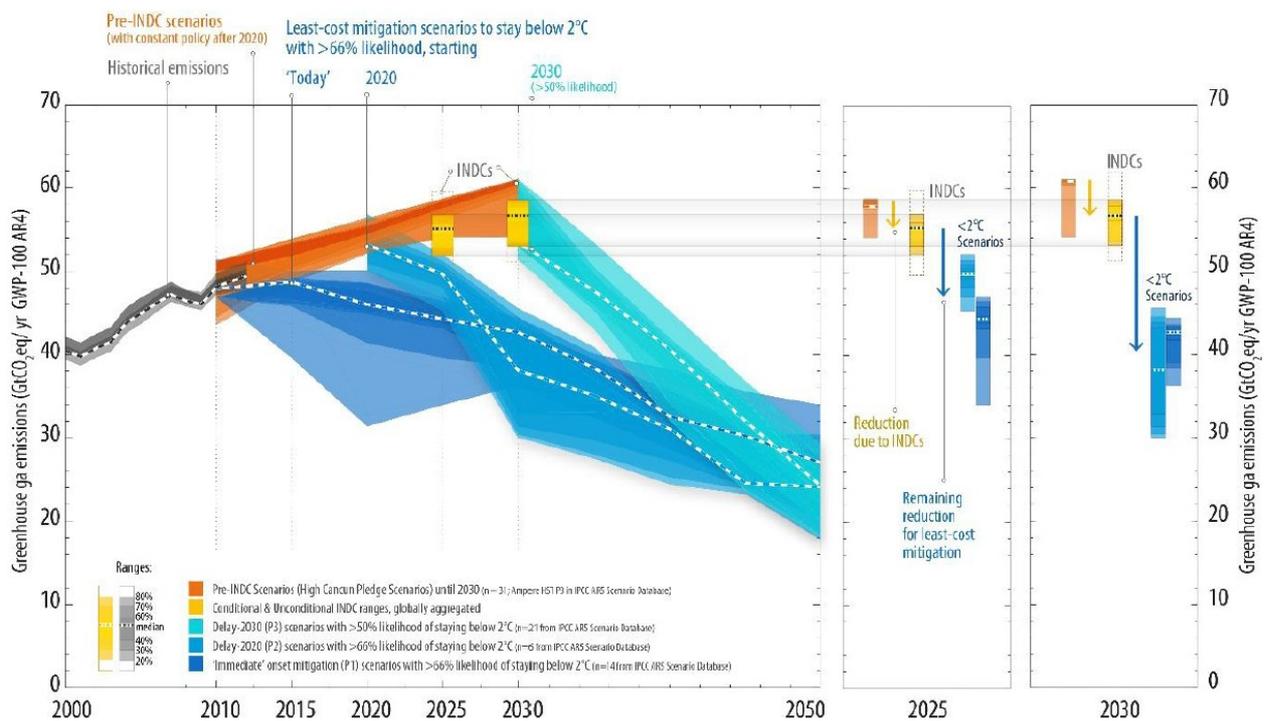


Abbildung 2: Nationale Klimaschutzpläne (INDCs) und das 2 °C-Ziel (Quelle: UNFCCC (2015): Synthesis report on the aggregate effect of the intended nationally determined contributions)

- Steigen die Emissionen aber bis zum Jahr 2030 weiter an, dann müssen danach plötzlich

1 Vgl. UNFCCC (2015): Synthesis report on the aggregate effect of the intended nationally determined contributions. S. 9

2 Vgl. UNEP (2015): Emissions Gap Report

sehr steile Reduktionspfade eingeschlagen werden. Für die Zeit nach 2030 müssten dann pro Jahr Emissionsreduktionen von 3,3 Prozent erreicht werden, eine **doppelt so schnelle Reduktion als in den volkswirtschaftlich günstigeren Szenarien**. Das 2 °C-Ziel kann dann trotzdem nur noch mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % unterschritten werden. Eine Begrenzung auf ein Niveau von 1,5 Grad liegt dann in weiter Ferne.<sup>3</sup> Zudem liegen derzeit weder Zusagen noch Pläne vor, wie und ob dieser Pfad von den einzelnen Staaten eingeschlagen werden soll oder werden kann.

- Eine erste Analyse von ClimateActionTracker<sup>4</sup> zeigt, dass mit den bisherigen Zusagen eine globale **Erwärmung von etwa 2,7 °C bis Ende des Jahrhunderts** zu erwarten ist, und damit das 2 °C-Ziel verfehlt werden würde. Die Studienautoren warnen, dass damit die **Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C außer Reichweite** gerät und eine Begrenzung auf unter 2 °C „fundamental gefährdet“ wird, wenn es bei den bisherigen Zusagen bleibt.<sup>5</sup>

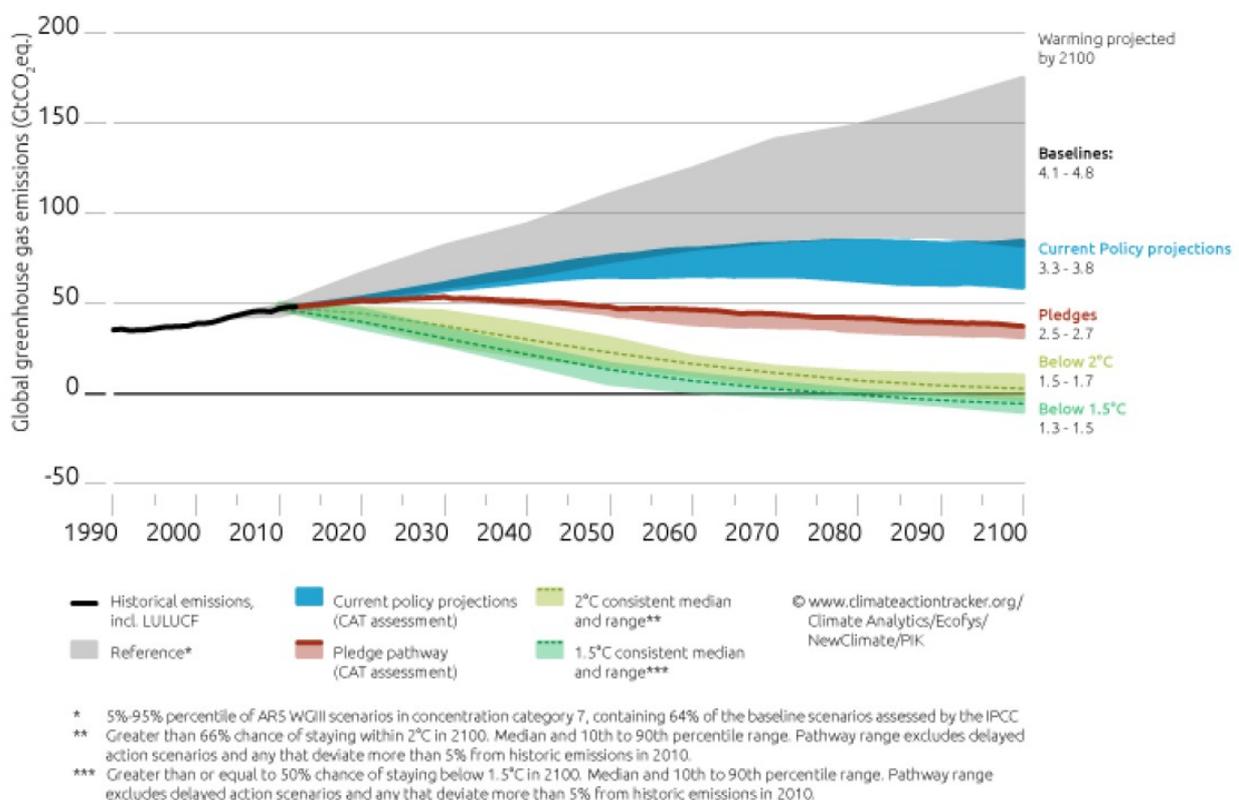


Abbildung 3: Nationale Klimaschutzpläne und globale Erwärmung bis 2100. Quelle: Climate Action Tracker (2015): INDCs lower projected warming to 2,7 °C: significant progress but still above 2 °C.

- Die UN-Umweltorganisation UNEP weist in ihrem Emissions Gap Report 2015 ebenfalls darauf hin, dass die vorliegenden Beiträge der einzelnen Staaten nicht ausreichen um die globale Erwärmung auf unter 2 °C einzugrenzen. Bis 2030 sollten die

3 Vgl. UNFCCC (2015): Synthesis report on the aggregate effect of the intended nationally determined contributions. S. 11

4 Initiative der Institute Climate Analytics, Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, Ecofys und New Climate Institute

5 Vgl. Climate Action Tracker (2015): INDCs lower projected warming to 2,7 °C: significant progress but still above 2 °C.

Treibhausgasemissionen maximal 42 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> betragen. Wenn das Ziel erreicht werden soll, die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, dann sollten die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen 39 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2030 nicht überschreiten. **Es besteht laut UNEP damit eine Lücke gegenüber den Zusagen von etwa 14 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2030.**<sup>6</sup>

- UNEP weist in ihrem aktuellen Emissions Gap Report auch darauf hin, dass bereits bis 2020 stärkere Anstrengungen für einen **volkswirtschaftlich kostengünstigen Weg** notwendig sind. Damit wären Vorteile verbunden, wie die Einsparung von Kosten, die Vermeidung von Lock-In-Effekten durch die Vermeidung des Aufbaus einer CO<sub>2</sub>-intensiven Infrastruktur und schnellere Lernkurven bei den für die globale Energiewende erforderlichen Technologien.
- Werden die Ziele bis 2020 nicht nachgeschärft, dann müssen spätestens ab 2020 starke Dekarbonisierungspfade eingeschlagen werden. Auch das ist in den derzeitigen Angeboten aber nicht enthalten. UNEP weist deshalb darauf hin, dass die Reduktionspfade, die ab 2030 notwendig würden, wenn es bei den derzeitigen Zusagen bleibt, „**massive zusätzliche Kosten**“ und eine „**noch nie dagewesene politische Anstrengung**“ bedeuten würden. Das Risiko einer Überschreitung der 2°C-Marke würde aber trotzdem stark zunehmen. Weiters müssten dann auch **negative Emissionen**, also die Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre, im Laufe des Jahrhunderts in großem Stil durchgeführt werden. Die Technologien dafür sind entweder noch in Entwicklung oder stark umstritten, wie die Kohlestoffspeicherung in Erdformationen.<sup>7</sup>

## Internationale Klimafinanzierung

- Ein zentrales Element der Klimaverhandlungen stellt die notwendige finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern, für die Anpassung an bereits unvermeidbare Klimafolgen und den Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems, dar. Für diesen Zweck sollen bis 2020 **100 Mrd. US-\$** zur Verfügung gestellt werden. Ein Großteil dieser Mittel soll über den neu geschaffenen **Green Climate Fund** laufen.
- Laut einer aktuellen Studie der **OECD wurden im Jahr 2014 Mittel in Höhe von 61,8 Mrd. US-\$ für die Unterstützung von Entwicklungsländern** zur Verfügung gestellt. 2013 waren es noch 52,2 Mrd. US-\$. Der Großteil der Mittel umfasst die Teile der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit (ODA), Kredite, die über multilaterale Fonds vergeben werden, sowie private Ko-Finanzierung. Auch die Gewährung von Exportkrediten zählt die OECD zur Klimafinanzierung.
- Von den Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden, wurden 77 % für die Reduktion von Treibhausgasen verwendet, 16 % für Anpassung an Klimafolgen und 7 % in Projekte, die beiden Zielen dienen.<sup>8</sup>
- Einige Länder wie Japan, Tschechien und Slowenien zählen auch Investitionen in **Kohlekraftwerke zur Klimafinanzierung** und verweisen auf höhere Effizienz gegenüber Bestandsanlagen. So gibt Japan an, in den Jahren 2013-2014, 3,2 Mrd. US-\$ für Kohleprojekte zur Verfügung gestellt zu haben.<sup>9</sup>

---

6 Vgl. UNEP (2015): Emissions Gap Report

7 Vgl. UNEP (2015): Emissions Gap Report

8 Vgl. OECD (2015): Climate Finance in 2013-2014 and the USD 100 billion goal

9 Vgl. OECD (2015). Climate Finance in 2013-2014 and the USD 100 billion goal, S. 10

- Der **Green Climate Fund (GCF)** wurde geschaffen, um Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen. Bis dato sind Zusagen in Höhe von 10,2 Mrd. US-Dollar eingetroffen. 5,9 Mrd. US-\$ sind dabei auch schon vertraglich zugesichert. Der größte fehlende Betrag stammt von der USA, die ihre Ankündigung 3 Mrd. US-\$ beizutragen, bisher noch nicht vertraglich umgesetzt hat. Aktuell hat der Green Climate Fund angegeben, dass die ersten 8 Projekte mit 168 Mio. Euro unterstützt werden.<sup>10</sup>

## Verhandlungsgegenstände in Paris

In Paris werden vor allem folgende Verhandlungsgegenstände thematisiert werden:

- In Paris endet das Mandat der Durban Platform (ADP<sup>11</sup>), das 2011 bei der Klimakonferenz in Durban vergeben wurde, um ein internationales Abkommen auszuarbeiten. Konkret heißt es im Abschlussdokument: „...to develop a protocol, another legal instrument or an agreed outcome with legal force...“. Dieses Abkommen soll bei der 21. Vertragsstaatenkonferenz abgeschlossen werden. Insofern drehen sich alle Verhandlungen in Paris um das Ergebnis der ADP und den Abschluss eines **internationalen Abkommens**, das **rechtlich verbindlich** sein soll.
- Es soll dabei auch ein **übergeordnetes Klimaziel** beschlossen werden. In Diskussion sind hier eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 2 °C, eine Begrenzung auf 1,5 °C oder den langfristigen Ausstieg aus fossiler Energie als Ziel zu verankern bzw. zu bestätigen.
- In Paris sollen dabei auch die **Intended Nationally Determined Contributions (INDCs)**, zu **Nationally Determined Contributions** werden. Das heißt, die Beiträge der Staaten sollen offiziell bestätigt werden.
- Da die derzeitigen Angebote der Staaten noch nicht ausreichen, um die globale Erwärmung ausreichend einzudämmen (siehe oben), soll ein Mechanismus geschaffen werden der nach einer gewissen Zeit, im Gespräch sind alle 5 Jahre, ein **Review** vornimmt, um die Angebote der Staaten zu erhöhen. In Diskussion ist auch ein sogenannte „backsliding“ auszuschließen. Das heißt Staaten dürfen beim Review ihre Ziele dann nur nach oben korrigieren, aber nicht vermindern.
- In Diskussion ist auch, die derzeit abgegebenen Beiträge der Staaten in einer **einheitlichen Systematik** zu erfassen und so vergleichbarer zu machen.
- In den Verhandlungstexten vorhanden ist auch die Entwicklung eines **Unterstützungsmechanismus**, der die Staaten bei der Umsetzung von Klimaschutz helfen soll. Dabei sind unter anderem Markt-basierte Mechanismen in Diskussion. Diese werden in Paris zwar nicht ausgearbeitet, aber ein Auftrag zur detaillierten Ausarbeitung kann in Paris erteilt werden.
- Entscheidende Bedeutung kommt dem Themenbereich **internationale Klimafinanzierung** zu. Hier wurde vereinbart, einen Beitrag von 100 Mrd. US-\$ pro Jahr bis 2020 zur Verfügung zu stellen. In Verhandlung ist:

<sup>10</sup> Vgl. Green Climate Fund (2015) <http://www.greenclimate.fund/contributions/pledge-tracker> dl. 19. November 2015

<sup>11</sup> Ad Hoc Working Group on the Durban Platform for Enhanced Action

- Ein Fahrplan mit klaren Zwischenzielen bis 2020
- Ein weiteres Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2020
- Der Themenbereich internationale Klimafinanzierung ist vor allem vielen Entwicklungsländern sehr wichtig. Ohne Zugeständnisse in diesem Bereich wird es kein faires Abkommen in Paris geben. Zudem haben einige Staaten ihre nationalen Klimaziele an die Bedingung geknüpft, Unterstützung von entwickelten Industrienationen zu erhalten.

Die **Umweltorganisation GLOBAL 2000** sieht folgende Punkte in Paris als zentral an:

- Das **Klimaschutzabkommen**, das in Paris unterzeichnet werden soll, muss rechtlich verbindlich sein und mit Sanktionen bei Nichteinhaltung ausgestattet werden. Derzeit sind allerdings keine Sanktionen in Verhandlung, was das Abkommen deutlich schwächen würde.
- Es muss ein Weg gefunden werden, die **Ambition der Zusagen für Klimaschutz bereits bis 2020**<sup>12</sup> zu erhöhen, damit eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C noch in Reichweite bleibt. Hier sind vor allem die entwickelten Industriestaaten aufgerufen eine Vorreiterrolle einzunehmen und ihre Beiträge zu erhöhen.
- Der Beschluss eines **Review-Mechanismus**, der die nationalen Klimaschutzbeiträge in fünf Jahren einer Überprüfung unterzieht, ist nicht ausreichend. Ein auch aus volkswirtschaftlicher Sicht Kosten-effizienter Klimaschutzpfad würde bereits spätestens im Jahr 2020 einen Emissionspeak erreichen und dann auf einen starken globalen Verminderungspfad einschwenken. Ein Review, der erst im Jahr 2020 stattfindet, riskiert also für eine zu lange Zeit einen weiteren Anstieg der Treibhausgasemissionen zu fixieren und verschiebt jetzt notwendige Handlungen nur auf später.
- Die **Ambition bis 2030** muss dringend erhöht werden. Alle Staaten sind aufgerufen, hier mit gutem Beispiel voranzugehen und ihre Beiträge zu erhöhen. Insbesondere die entwickelten Industrienationen haben auf Grund von höherer finanzieller und technischer Kapazität die Verantwortung, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die EU kann bis 2030 bereits Treibhausgasreduktionen von mindestens 60 Prozent erreichen.
- **Entwicklungsländer** müssen im Kampf gegen den Klimawandel **unterstützt** werden. Dafür ist es notwendig, die zugesagten 100 Mrd. US-\$ bis 2020 zu konkretisieren, einen klaren Fahrplan zur Erreichung des Ziels mit Zwischenschritten zu vereinbaren und klarzustellen, dass Investitionen in Kohle oder Atom kein Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung sein dürfen. Zudem ist es notwendig, konkrete Zusagen für die Zeit nach 2020 zu tätigen und auch hier konkrete und klare Fahrpläne zu vereinbaren.

## Die Rolle der EU

- Die EU hat eine wichtige Rolle bei den internationalen Klimaverhandlungen. Sie hatte

---

<sup>12</sup> Entscheidungen dazu können im sogenannten Workstream 2 (WS2) dazu getroffen werden, wären aber nicht Teil des neuen Klimaabkommens, das spätestens ab 2020 wirken würde.

wesentlichen Anteil daran, dass das Mandat ein Klimaschutzabkommen auszuarbeiten, zustande gekommen ist und gilt als **Verbinder zu Entwicklungsländern**, weil es die **zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls** im Gegensatz zu Ländern wie den USA, Japan, Kanada oder Australien, unterzeichnet hat. Die Unterzeichnung der zweiten Kyoto-Verpflichtungsperiode in Doha 2012 hatte zwar keine Auswirkungen auf die EU-Klimapolitik, da ohnehin nur das 2020-Ziel auf internationaler Ebene vereinbart wurde, aber es war eine wichtige symbolische Geste gegenüber den Entwicklungsländern. Ohne eine Vorreiterrolle der EU würde der internationale Verhandlungsprozess zunehmend ins Stocken geraten.

- **Österreich** kann **innerhalb der EU auf ambitionierte Positionierungen drängen** und sich innerhalb der EU für ein rechtlich verbindliches Abkommen einsetzen, das sicherstellt, dass die globale Erwärmung auf 1,5 °C eingedämmt wird und ein fairer Beitrag zur finanziellen und technischen Unterstützung der Entwicklungsländer geleistet wird. Österreich hat Einfluss auf eine positive Positionierung eines der wichtigsten Player bei den internationalen Klimaverhandlungen und kann auf diese Weise einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Erfolg der internationalen Klimaverhandlungen beitragen.
- Die Allianz mit Entwicklungsländern und der EU schwächt sich aber zunehmend ab, weil vor allem im Bereich der **Klimafinanzierung bis dato enttäuschende Ergebnisse** zu verzeichnen sind. Dazu wird als negativ gesehen, dass es bis dato noch keinen klaren Fahrplan zur Erreichung des Ziels, bis 2020 100 Mrd. US-\$ bereitzustellen, gibt. Die EU wird hier nicht als unterstützend wahrgenommen.
- Im Jahr 2014 betrug die Unterstützung der EU für Entwicklungsländer 14,5 Mrd. Euro.<sup>13</sup> Für 2015 ist der Beitrag noch unklar. Wenn eine Verringerung des Beitrags eintritt, wie medial kolportiert,<sup>14</sup> wäre das ein negatives Signal für die internationalen Verhandlungen. Die Anforderung wächst und so ist auch ein ansteigender Pfad der Unterstützungsleistung bis 2020 notwendig, wenn das Ziel, 100 Mrd. US-\$ an Klimafinanzierung zur Verfügung zu stellen, erreicht werden soll.
- Die EU hat als Beitrag zum internationalen Klimaschutz das Ziel zugesagt, ihre **Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40 % bis zum Jahr 2030 zu reduzieren**. Bis 2020 gilt das Ziel, die Treibhausgasemissionen um 20 % zu senken. Das EU-Ziel für 2030 ist weder ambitioniert, noch stellt es den fairen Anteil der EU am internationalen Klimaschutz dar. Eine Reduktion um mindestens 60 % bis 2030 ist technisch machbar und würde dem fairen Anteil der EU näher kommen.<sup>15</sup>
- Auch für **die Zeit vor 2020 gilt es die Ambition zu erhöhen**. Es ist zwar eine gute Nachricht, dass die EU auf Zielkurs ist, was die Erreichung der 2020-Ziele betrifft, aber auch hier wäre eine Reduktion um mindestens 30 Prozent nach wie vor machbar und notwendig. Laut dem aktuellen Fortschrittsbericht der EU-Umweltagentur<sup>16</sup> wurde bereits im Jahr 2013 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 19,8 Prozent erreicht, man ist also bereits de facto am Ziel. Bis 2020 wird bei gleichbleibenden Maßnahmen eine Reduktion um 24

---

13 Vgl. ECOFIN (2015): Council Conclusions on Climate Finance. Press Release. 10/11/2015

14 Vgl. Der Standard (2015): Klimakonferenz könnte am fehlenden Geld scheitern. Url.: <http://derstandard.at/2000025383229/Klimakonferenz-koennte-an-fehlendem-Geld-scheitern> dl. 25.11.2015

15 Vgl. Stockholm Environment Institute (2009): Europe's Share of the Climate Challenge. Domestic Actions and International Obligations to Protect the Planet. Im Auftrag von Friends of the Earth.

16 Vgl. European Environmental Agency (2015): Trends and projections in Europe 2015 – Tracking progress towards Europe's climate and energy targets S. 17

Prozent vorausgesagt.

- Beim Ausbau **erneuerbarer Energie hat die EU ihre Vorreiterrolle bereits eingebüßt**. Eine Studie von Bloomberg (2015) zeigt, dass die EU mit Investitionen in saubere Energien von 4,04 Mrd. US-\$ (2004) noch vor einigen Jahren klarer Vorreiter vor den USA (1,2 Mrd.) und China (0,6 Mrd.) war. Mittlerweile wurde die EU aber von China und die USA überholt. Im Jahr 2015 investierte China laut der Studie 26,7 Mrd. US-\$ (2015) in saubere Energien, die USA 13,4 Mrd. US-\$ und die EU 5,8 Mrd. US-\$.<sup>17</sup>

## Österreichs Beitrag zum Klimaschutz

Österreich kann auch als kleines Land eine positive Rolle spielen und ein Vorbild sein, wenn es darum geht, zu zeigen, wie die Energiewende gelingen kann. Dazu ist aber auch wichtig, dass Österreich selbst seinen fairen Beitrag zum Klimaschutz leistet und den Umstieg auf erneuerbare Energien in Österreich beschließt und umsetzt. Aus Sicht von GLOBAL 2000 sind folgende Schritte notwendig, damit Österreich eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnimmt:

- **Die Bundesregierung muss eine Strategie für langfristigen Klimaschutz in Österreich beschließen.** Es gibt in Österreich bis dato keine integrierte Energie- und Klimastrategie mit langfristigen Zielen, die den Weg klar vorgibt. Der zeitliche Horizont der Klimaziele reicht lediglich bis 2020. Österreich hat mit beschlossen, dass die globale Erwärmung auf unter 2 °C eingedämmt werden soll und der österreichische Umweltminister zuletzt am 18. September 2015 eine Entscheidung des EU-Umweltministerrats gestützt, in der es heißt, dass entwickelte Industrienationen ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent reduzieren sollen.<sup>18</sup> Wenn diese Beschlüsse ernst genommen werden, dann müssen sie auch entsprechend in Österreich umgesetzt werden.
- **Österreich braucht ein zusätzliches Maßnahmen-Paket zur Erreichung der 2020-Ziele.** Gemäß den Angaben des Umweltministeriums<sup>19</sup> besteht noch eine Ziellücke von 350.000 Tonnen zur Erreichung des EU-2020-Ziels, die Treibhausgasemissionen in den Bereichen außerhalb des Emissionshandels (ETS) gegenüber 2005 um 16 % zu senken. Dieses Ziel ist weniger ambitioniert als das Kyoto-Ziel bis 2012 und betrifft vor allem die Sektoren Gebäude, Verkehr, Industrie und Gewerbe (außerhalb des ETS). Österreich kann dieses Ziel aus eigener Kraft erreichen, dafür braucht es aber ein neues Maßnahmen-Paket, das die thermische Sanierung ankurbelt, unser Steuersystem ökologisiert und den öffentlichen Verkehr ausbaut.
- **Kürzungen bei wesentlichen Klimaschutzinstrumente müssen zurückgenommen werden.** Während zusätzliche Maßnahmen notwendig sind, um die Ziele zu erreichen, ist im Budget für 2016 vorgesehen, wesentliche Klimaschutzinstrumente zu kürzen. Das betrifft vor allem den Klimafonds und die Förderung für thermische Sanierung. Damit wird nicht nur die

---

17 Vgl. Georg Günsberg (2015): Faktencheck Energiewende. [http://www.faktencheck-energie-wende.at/europa\\_wird\\_ueberholt](http://www.faktencheck-energie-wende.at/europa_wird_ueberholt) dl. 25.11.2015

18 Vgl. <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2015/09/18-conclusions-un-climate-change-conference-paris-2015/>

19 Maßnahmenprogramm des Bundes und der Länder nach Klimaschutzgesetz zur Erreichung des Treibhausgasziels bis 2020 Zweite Umsetzungsstufe für die Jahre 2015 bis 2018. S. 9

Erreichung der EU-Klimaziele gefährdet, man riskiert damit auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigung in betroffenen Branchen. Im Detail:

- Der **Klimafonds** soll von 114,7 auf 84,2 Mio um **30,5 Mio. Euro** gekürzt werden<sup>20</sup>
- Die Förderung für **thermische Sanierung** soll von 90 Mio. Euro auf 43,5 Mio. Euro **um 46,5 Mio. Euro** gekürzt werden.<sup>21</sup>
- In Summe kürzt die Bundesregierung ihre **wesentlichen Klimaschutzprogramme** also **um 77 Mio. Euro**.
- **Österreich muss einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten und damit zeigen, dass ihm eine Einigung in Paris wichtig ist.** Die finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel, stellt eine zentrale Säule eines globalen Klimaschutzabkommens dar und ist ein zentraler Verhandlungsgegenstand in Paris. Ob es ausreichend Zusagen gibt, wird entscheiden, ob die Klimakonferenz in Paris ein Erfolg werden kann. Letztes Jahr hat Österreich den internationalen Negativpreis „Fossil of the day“ von hunderten Nichtregierungsorganisationen erhalten, weil es beim Start der Klimakonferenz noch immer keinen Beitrag zum Green Climate Fund zugesagt hatte, der für diesen Zweck geschaffen wurde.

Umweltminister Rupprechter sagte schließlich 25 Mio. US-\$ für die Erstkapitalisierung zu und stellte eine Verdoppelung für heuer in Aussicht. Österreich gibt bis dato 2,9 US-\$ pro Kopf, aufgeteilt auf mehrere Jahre. Schweden gibt 60 US-\$ pro Kopf, Deutschland 12,4 US-\$ pro Kopf und Italien 5,5 US-\$ pro Kopf.<sup>22</sup> Österreich ist damit im internationalen Vergleich ein Land, das besonders wenig Unterstützung leistet. Die jetzt in Aussicht gestellte Erhöhung um 12 Mio. Euro, ändert dieses Bild nicht grundlegend. Neben dem Green Climate Fund stellt Österreich etwa 93 Mio. Euro (2014)<sup>23</sup> an Klimafinanzierung zur Verfügung. Allerdings handelt es sich hierbei um Doppelzählungen, vor allem aus der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit und Kredite der österreichischen Entwicklungsbank, die auch ohne internationales Klimaabkommen vergeben worden werden. Ein ernsthafter Ansatz, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, ist nicht erkennbar.

Ein **fairer Anteil Österreichs** bedeutet:

- 100 Mio. Euro als Einmal-Betrag für die Erstkapitalisierung des Green Climate Fund und eine
- Aufstockung des permanenten Klimafinanzierungsprogrammes um jährlich 80 Mio. Euro aus öffentlichen, zusätzlichen Mitteln. Wenn Österreich ein positives Signal für den Abschluss eines internationalen Vertrages setzen will, dann muss es seinen fairen Beitrag auch leisten.

---

20 Vgl. Budgetvoranschläge für 2016 Umwelt/Verkehr

21 Vgl. Budgetvoranschläge für 2016 Umwelt/Wirtschaft

22 Vgl. Green Climate Fund (2015): Pledge Tracker. <http://www.greenclimate.fund/contributions/pledge-tracker> dl. 26.11.2015

23 Vgl. BMLFUW (2014): Bericht zur internationalen Klimafinanzierung 2014

**Kontakt GLOBAL 2000:**

Johannes Wahlmüller

Klima- und Energiesprecher

Mobil: +43 699 14 2000 41

E-mail: [Johannes.wahlmueller@global2000.at](mailto:Johannes.wahlmueller@global2000.at)